

März 2021

Länderbericht

Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus



Innenpolitische Krise in Georgien spitzt sich zu (Teil 2)

Georgien im Februar: Die Macht der Bilder und das „Historische Gedenken“

Dr. Thomas Schrapel, Jonathan Nowak

Die innenpolitische Lage in Georgien hat sich mit dem Rücktritt des georgischen Premierministers G. Gakharia nicht beruhigt. Im Gegenteil, die Spannungen haben weiter zugenommen. Der von Georgian Dream (GD) neu aufgestellte und gewählte Premierminister gilt im Vergleich zum vorherigen eher als Hardliner. Einerseits soll gegenüber der Opposition nunmehr ein kompromissloserer Kurs gefahren werden. Andererseits dürfte es kein Zufall sein, dass gegenüber der Bevölkerung schneller als eigentlich geplant Zugeständnisse beim schrittweisen Abbau der Corona-Restriktionen umgesetzt werden. Gleichzeitig verhärten sich die Positionen weiter. Die Opposition fordert jetzt sogar die europäischen Partner auf, Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die für die Stürmung des UNM-Parteigebäudes verantwortlich seien. Ausdrücklich bezieht man sich dabei auf europäische Sanktionen im Fall A. Nawalnys und zwar unabhängig davon, ob die beiden Fälle juristisch und politisch überhaupt vergleichbar sind. Im zeitlichen Kontext des 100. Jahrestage des Beginns der Sowjetisierung Georgiens nimmt die Opposition dabei zunehmend Bezug auf angeblich „russische Verhältnisse“. Die verbale Aufrüstung scheint noch weitere Steigerungen zuzulassen. Dabei steht das Land neben dieser innenpolitischen Krise vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen, die durch die Pandemie erheblich zugenommen haben. Innerhalb kürzester Zeit meldeten sich fast 100.000 Georgier, um in Deutschland als Erntehelfer zu arbeiten!

Neuer Premierminister setzt auf harte Linie gegenüber der Opposition

Unmittelbar nach der Regierungserklärung des neuen Premierministers wurde am 23. Februar in den Morgenstunden Nikanor Melia in der Parteizentrale der UNM festgenommen. Dort hatte sich dieser mit Dutzenden anderen Oppositionspolitikern über Tage regelrecht verschanzt. Diesen Polizeieinsatz als „robust“ zu bezeichnen wäre fast schon ein Euphemismus! Es kam zum Einsatz von Tränengas. Im Parteigebäude entstand erheblicher Sachschaden. Außerdem wurden 21 weitere Personen vorläufig festgenommen, mit Giorgi Baramidze (UNM) auch ein ehemaliger Premierminister.

Nach dem Rücktritt von Premierminister Giorgi Gakharia (siehe Teil 1 dieses Länderberichts) wurde nun der bisherige Verteidigungsminister Irakli Garibashvili zum neuen Premierminister

gewählt. Er steht auch nach seinen eigenen Worten für einen deutlich konfrontativeren Kurs gegenüber der Opposition. I. Garibashvili gehört zu den engsten Vertrauten des Georgian-Dream-Gründers Bidzina Ivanishvili. Mit 39 Jahren verfügt er gleichwohl schon über erstaunlich viel politische Erfahrung. 2013 war er bereits schon mal Premierminister. Mit dem Oligarchen B. Ivanishvili verbindet ihn eine langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Seit 2004 arbeitet er eng mit dem Oligarchen zusammen und saß u.a. im Aufsichtsrat von dessen „Cartu Bank“.

Seinem Ruf als Hardliner gegenüber der Opposition und insbesondere gegenüber der größten Oppositionspartei UNM machte er diesmal bereits in seiner Antrittsrede nach Amtseinführung alle Ehre. Er lehnte darin die von der Opposition derzeit geforderten Neuwahlen kategorisch ab. Teile der Opposition wie beispielsweise N. Melia bezeichnete er als

„radikale und kriminelle“ Kräfte, die seiner Meinung nach nicht ins Parlament gehörten. Und natürlich gab es auch verbale Angriffe gegen den Gründer von UNM M. Saakashvili.

Weiter betonte er, nur mit den „gesunden“ Teilen der Opposition sprechen zu wollen. Allerdings ließ er offen, wer dies konkret sein könnte. Nach I. Garibashvilis Auffassung ginge es der Opposition vor allem darum, solange zu wählen, bis sie selbst eine Mehrheit bekommen würde. Darüber hinaus unterstellte er der Opposition, die Regierung notfalls mit Gewalt stürzen zu wollen.

„Peitsche und Zuckerbrot“

Zwischenzeitlich erklärte die Staatsanwaltschaft, die Untersuchungshaft von N. Melia aufheben zu lassen, sobald er bereit sei, eine Kautions hinterlegen. Mit dem ehemaligen Premierminister Giorgi Kvirikashvili meldete sich ein prominenter Politiker von GD zu Wort, der sich für die Freilassung von N. Melia aussprach, um dem Land „Konfrontationen“ zu ersparen und damit ähnlich argumentierte, wie der kürzlich zurückgetretene G. Gakharia. Es zeigt sich also, dass auch das Lager der Regierungspartei durchaus nicht einig ist!

Zeitgleich mit dem Sturm auf die Regierungszentrale der UNM verkündete die Regierung, weitere tiefgreifende Corona-Restriktionen aufzuheben. Diese betreffen den öffentlichen Nahverkehr, die touristischen Skigebiete, Kindergärten und Restaurants. In nächster Zeit würde sich somit das gesellschaftliche Leben weitestgehend normalisieren. Man kann davon ausgehen, dass sich damit vielleicht auch die gesellschaftliche Atmosphäre deutlich verbessert. Gleichwohl liegen enorme Probleme vordem führenden Vertretern von Regierung und Opposition.

Schließt die Opposition die Reihen?

Die Ereignisse der letzten Tage trugen möglicherweise dazu bei, die zersplitterte Opposition untereinander näher zu bringen. Im UNM-Gebäude hatten sich ja auch Führungskräfte anderer Oppositionsparteien

versammelt. Dies war gewiss als starkes Signal an die Regierung bzw. GD gerichtet. Die Opposition fordert nun nicht mehr nur Neuwahlen und die Freilassung der „politischen Gefangenen“ (u. a. N. Melia), sondern auch internationale Sanktionen gegen georgische Regierungspolitiker, Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die an der Festnahme von N. Melia beteiligt waren. So stellt sich beispielsweise Nino Burjanadze („Democratic Movement – United Georgia“) Sanktionen vor, wie sie zuletzt aufgrund der Verhaftung von A. Nawalny von den Europäern verabschiedet wurden. Ein sachlicher Zusammenhang zwischen den Fällen Nawalny und Melia konnte bisher jedoch nicht dargestellt werden. Der ehemalige Bürgermeisterkandidat der UNM Zaal Udumashvili betonte, Verhandlungen könnten nur in Anwesenheit des jetzt inhaftierten N. Melia geben. Dieser Meinung ist auch Giorgi Kandelaki von European Georgia (EG), der herausstellt, dass „die Wiederaufnahme der Verhandlungen natürlich schwierig sei, solange einer der Hauptverhandler im Gefängnis sitze.“

Die gemeinsamen Tage im UNM-Gebäude haben offenkundig zumindest mental ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl bei Vertretern verschiedener Oppositionsparteien bewirkt. Der gemeinsam erlebte Polizeieinsatz hat die Reihen der Opposition geschlossen.

Wieder mal sollen es die internationalen Diplomaten richten

Es ist schon bemerkenswert, wie selbstverständlich auch diesmal wieder davon ausgegangen wird, dass innergeorgische Angelegenheiten unter dem Dach internationaler Diplomaten verhandelt werden sollen. Aber im Moment sieht es so aus, dass es keinen anderen Weg gibt. Auch wird die Liste der Themen mit jeder Woche länger und die Positionen immer verhärteter. Was einmal anfangs mit Verhandlungen über eine Wahlrechtsreform, entwickelt sich zunehmend zu einer prinzipiellen Diskussion über die Grundpfeiler des georgischen Staates. Dazu zählen die Rolle des Parlaments, das Zusammenspiel von Regierung und Opposition, die Unabhängigkeit der Justiz und des Gerichtswesens und weiterhin auch die

Frage nach neuen Parlamentswahlen und deren Ablauf.

Derweil nimmt die politische Ratlosigkeit zu. Ob eine Paketlösung, bei der die Opposition doch noch ins Parlament einzieht und die Regierung der Opposition Zugeständnisse bei den anderen Themenblöcken macht, noch realistisch ist, steht vorerst in den Sternen. Während die Rufe nach Neuwahlen zuletzt wieder lauter wurden und auch vom früheren Außenminister Mikheil Janelidze der Regierungspartei (GD) nunmehr unterstützt werden, hatten sich zuletzt im Dezember vergangenen Jahres 76 Prozent der vom National Democratic Institute Befragten dafür ausgesprochen, dass alle gewählten Parteien ins Parlament einziehen sollen.

Birgt dieses ständige Anrufen internationaler Vermittler nicht auch das Risiko, dass bei einem Scheitern der Verhandlungen noch größere Probleme entstehen? Diese betreffen zum einen die georgische Souveränität und Demokratie und zum anderen den Ruf Georgiens bei westlichen Partnern.

Forcierung der gesellschaftlichen Spannungen und eine fragile Wirtschaftslage

Am 25. Februar wurde der unabhängige Journalist Vakho Sanaia und seine Frau auf offener Straße angegriffen und verletzt. Für „Transparency International“ war dies eine Folge aggressiver Rhetorik der Regierung gegenüber kritischen Journalisten und Medien.

Auf die hohe Zahl von Georgiern, die in Deutschland eine Arbeitserlaubnis erwerben wollen, wurde bereits hingewiesen. Darüber hinaus ersucht die Regierung, ähnliche Abkommen mit Frankreich, Griechenland und Israel abzuschließen. Aber es bleibt zu hoffen, dass dies nur eine temporäre Übergangslösung für die fragile Wirtschaftslage ist. Auf Dauer wäre es der eigenen Bevölkerung kaum vermittelbar, innenpolitische Probleme ausschließlich von der internationalen Diplomatie lösen zu lassen und gleichzeitig georgische Arbeitskräfte als eine Art Exportartikel zu behandeln.

Es gibt aber auch andere Anstrengungen, die Wirtschaft voranzubringen. So versprach der neue georgische Premierminister, sich für die Wiederherstellung von lokalen Unternehmen einzusetzen. Darüber hinaus soll ein ambitionierter Zehnjahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung Georgiens ausgearbeitet werden.

Dass er bei dieser Gelegenheit wieder die UNM angegriffen hat, der er unterstellte, die Wirtschaft in ihrer Regierungszeit „zerstört“ zu haben, ist schon bemerkenswert. Denn immerhin regiert GD jetzt seit acht Jahren. Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass in der Regierungszeit von UNM von 2003 und 2012 die durchschnittliche, jährliche Wachstumsrate der Wirtschaft ca. 6,7 Prozent betrug. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Wirtschaft 2020 aufgrund der Corona-Pandemie um 4,9 Prozent geschrumpft ist.

Die vergessene Mitte

Aber wie positioniert sich die „schweigende“ Mitte? Während die mediale Aufmerksamkeit auf die Aktiven von Regierung und Opposition gerichtet ist, kann derzeit kaum von einer Massenbewegung gegen die Regierung gesprochen werden. Die Opposition hatte für den Freitag zu einer Massenkundgebung aufgerufen. Auf dem Platz vor dem Parlament auf Tbilisis Prachtboulevard „Rustaveli“ versammelten sich gewiss nicht so viele, wie sich die Opposition erhofft hatte. Sind viele Georgier langsam müde ob der ständigen Demonstrationen? Oder sind sie gar eingeschüchtert angesichts martialischer Bilder mit vielen Rettungswagen und Polizeiautos etc. in unmittelbarer Nähe des Parlamentsgebäudes? Oder ist es die Vorsicht vor der Pandemie?

Man kann davon ausgehen, dass alle drei Faktoren eine Rolle spielen. Viele Menschen scheinen die permanenten Zuspitzungen und Dramatisierungen beider Seiten Leid zu sein. Seit zweieinhalb Jahren kommt Georgien nicht zur Ruhe. Den Menschen brennen andere Probleme unter den Nägeln als die permanenten

gegenseitigen Unterstellungen der politischen Akteure.

Bestimmt haben noch viele Georgier die Bilder von den ausgesprochen gewaltsamen Auseinandersetzungen vom Frühsommer 2019 vor Augen. Alle wissen um die Eskalation im „Gawrilow-Fall“ und in den sozialen Medien werden derzeit immer wieder die Bilder von diesen Ereignissen gezeigt.

Die Pandemie ist für die georgische Wirklichkeit auch nach einem Jahr noch ein bestimmender Faktor. Allein wenn man bedenkt, was es für viele im Tourismussektor bedeuten würde, sollte eine zweite Saison der Pandemie zum Opfer fallen. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige und betrifft das ganze Land! Hinzu kommt das Misstrauen der Georgier in das hiesige Gesundheitssystem.

Es sind vor allem ganz praktische, lebensnahe Probleme, die den Alltag der Georgier bestimmen. Wie bereits erwähnt, sind 76 Prozent von ihnen der Meinung, alle ins Parlament gewählten Abgeordneten sollten dort auch ihr Mandat wahrnehmen.

Während die von der Opposition organisierte Demonstration am Freitag in der Hauptstadt eher spärlich besucht war, kamen in Kutaisi tausende Georgier zusammen, um überparteilich gegen

den Bau eines Wasserkraftwerkes zu protestieren.

Spricht das nicht eher dafür, dass der allzu lang andauernde Kreislauf aus Demonstration, Gegendemonstration und Eskalation sowie die mindestens rhetorisch vorgetragene Unversöhnlichkeit zwischen Regierung und Opposition letztendlich an den elementaren Interessen der Menschen vorbeigeht?

„Never back to USSR“

In diesen Tagen gedenken die Georgier des 100. Jahrestages der Sowjetisierung des Landes. Die Erinnerung daran gehört zu den wichtigsten Bestandteilen georgischer Erinnerungskultur. Es ist gewiss kein Zufall, dass angesichts der aktuellen innenpolitischen Situation schmerzvoll auf diese Ereignisse vor 100 Jahren geblickt wird. „Never back to USSR“ ist der aktuelle Trend bei den Profilbildern in den sozialen Medien. Vor diesem Hintergrund wünschen sich die vielen westlich orientierten Georgier stabile innenpolitische Verhältnisse.

Man würde den Georgiern einen optimistischeren Rahmen wünschen, sich an diesen Teil ihrer Geschichte zu erinnern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas Schrapel
Direktor
Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus
<https://www.kas.de/de/web/suedkaukasus>
thomas.schrapel@kas.de



The text of this publication is published under a Creative Commons license: "Creative Commons Attribution- Share Alike 4.0 international" (CC BY-SA 4.0), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>